

1. Die Europawahl 2009 – Stimmungstest im Superwahljahr? Eine Analyse der Ausgangssituation vor dem Wahltag

Bereits vor der Wahl zeichnete sich eine erneut niedrige Wahlbeteiligung ab. Zu wenig Bindung der Europapolitik zu den Bürgerinnen und Bürgern in den Mitgliedsstaaten der Union, zu wenig Anstrengung bei den Parteien, zu wenig Interesse und Verständnis bei Wählerinnen und Wählern.

Dabei war die Ausgangssituation der Europawahl 2009 für die bundesrepublikanische Parteienlandschaft ausgesprochen spannend. Das Fünfparteiensystem hat sich mit den Erfolgen der Linkspartei in mehreren westdeutschen Bundesländern gefestigt. Die Zweiparteienlager haben es somit schwer, Mehrheiten zu erreichen, so dass sich neue Konstellationen anbieten oder sogar aufdrängen. Das Kompromissmodell scheint die Große Koalition zu sein, eine ungeliebte Verlegenheitslösung, die es den Volksparteien nicht erlaubt, genügend eigenes Profil zu erarbeiten. In der Regel stärkt dies die kleineren Parteien, die deutlicher ihre Themen in den Vordergrund rücken können. Bei der Europawahl war der Stimmzettel mit 31 Wahlvorschlägen umfangreicher als je zuvor, ein Indiz für die Hoffnung kleiner Wählergruppen, von der Wahlmüdigkeit der Stammwähler der Volksparteien zu profitieren.

Obwohl nicht einmal die Hälfte der bei Bundestagswahlen mobilisierbaren Wählerinnen und Wähler erwartet wurden, erhoffte sich die Öffentlichkeit von der Europawahl doch einen Stimmungstest für die Bundestagswahl 2009.

Sollte sich eine der Volksparteien gegenüber dem Koalitionspartner besser behaupten oder gar ihre Stimmanteile erhöhen können, so würde dies im Bundestagswahlkampf Rückenwind verleihen. Vor allem für den Umgang mit der Finanzkrise, kurz vor der Europawahl sich zuspitzend in der Rettung der Opel-Werke, erhofften sich die Volksparteien Wählerzuspruch.

Dabei stand die SPD unter erheblichem Druck, ihr Wahlergebnis zu verbessern. 2004 hatte sie bundesweit einen Tiefpunkt mit 21,5 Prozent der Wählerstimmen erreicht. Bei einem ähnlich schlechten Ergebnis drohte der SPD und ihrem Spitzenkandidaten Frank-Walter Steinmeier eine aussichtslose Startposition im Bundestagswahlkampf.

Mit einem sehr guten Wahlergebnis von 44,5 Prozent aus der vergangenen Europawahl konnte die Union sich einen sparsamen Wahlkampf leisten. Dies bot zum einen wenig inhaltliche Auseinandersetzung mit dem politischen Gegner und hinterließ zum anderen in der Öffentlichkeit den Eindruck von Unaufgeregtheit. Den Umfragewerten zufolge wurde der zurückhaltende Wahlkampf eher positiv eingeschätzt. Eine gemeinsame absolute Mehrheit von Union und FDP könnte sich für den Bundestagswahlkampf bereits als eine Art Regierungsauftrag umdeuten lassen.

Für die FDP stellte sich die Frage, ob sie jenseits des CDU-Lagers Stimmen gewinnen könnte. Insbesondere die Umfragewerte von 18 Prozent im Februar dieses Jahres hatten große Erwartungen geweckt.

Die Grünen hingegen konnten in der Opposition erstaunlich wenig Öffentlichkeit auf sich ziehen, auch wenn neuerliche Diskussion um Endlagerung und Energiewende dem ureigenen Thema der Grünen Aufschwung verleiht. Vor allem die spezifische nieder-

sächsische Situation mit der gescheiterten Atommülllagerung im Bergwerk Asse II und dem unbefriedigenden Moratorium für den geplanten Endlagerstandort Gorleben, legte die Vermutung nahe, die Grünen könnten regional Stimmenzuwächse erzielen.

Den Linken wurden, nach den Erfolgen in westdeutschen Flächenländern, weitere Zuwächse prognostiziert. In der Finanzkrise konnte sich die Linke jedoch nicht sichtbar genug positionieren, so dass sich die Umfragewerte rückläufig entwickeln. Vor allem das geringe Stammwählerpotenzial aber auch die nur mühsam kaschierten innerparteilichen Richtungskämpfe macht die Linke für starke Schwankungen anfällig.

Die Frage, ob genügend Stammwähler den Weg ins Wahllokal finden, trieb alle Parteien zur Europawahl um. Bei dem zu erwartenden geringen Wählerinteresse war die Mobilisierung der Stammwähler von größter Bedeutung und sollte auch ein Signal für die weiteren Wahlen des so genannten Superwahljahrs geben.

Auch der Anteil der Unentschlossenen war kurz vor der Wahl noch hoch, in der Regel ein Zeichen für noch abwartende Wählergruppen, die ihre Entscheidung an der Wahlteilnahme vom Auftreten ihrer favorisierten Partei bzw. deren Politiker abhängig machen. Welche Parteien die Unentschiedenen am besten zu mobilisieren vermochte, war eine der interessantesten Fragen vor dem Wahltag.

Für die Region Hannover ließen sich nur wenige kommunale oder niedersächsische Themen ausmachen, die das Ergebnis der Wahl hätten sonderlich beeinflussen können. So hat der Umgang der Landespolitik mit den im Übernahmepoker befindlichen Industriebetrieben VW und Continental für Hannover eine regionale Bedeutung. Der Einsatz des Ministerpräsidenten als Aufsichtsratsmitglied bei VW und die Intervention gegen Einflussnahmen bei der Continental wurde in der Öffentlichkeit eher positiv aufgenommen.

Das eigentlich wichtige Thema, die zunehmende Bedeutung der Europapolitik für ihre Mitglieder, schien noch keine Zunahme des Wählerinteresses nach sich zu ziehen. Allerdings wurde erwartet, dass sich eine Skepsis gegenüber europäischer Richtlinienpolitik in einem höheren Anteil an Protestwählern ausdrücken könnte.